



30.1.2015

MITTEILUNG AN DIE MITGLIEDER

Betrifft: Petition Nr. 2656/2013, eingereicht von Silvio Basileo, italienischer Staatsangehörigkeit, zum „C.A.S.E.“-Projekt in L'Aquila

1. Zusammenfassung der Petition

Nach dem schweren Erdbeben, von dem L'Aquila am 6. April 2009 erschüttert wurde, wurden im Rahmen der Projekte „C.A.S.E.“ und „MAP“ Wohnanlagen errichtet, um den obdachlos gewordenen Menschen eine vorübergehende Unterkunft zu bieten.

Im Rahmen des Europäischen Solidaritätsfonds (EUSF) stellte die Kommission hohe Beträge für den Bau dieser Wohnanlagen zur Verfügung.

Der Petent berichtet, dass der Zivilschutz in seiner Eigenschaft als Auftraggeber die Dächer der Gebäude für einen Zeitraum von 20 Jahren an private Unternehmen vermietet habe, um 148 Photovoltaikanlagen installieren zu lassen. Diese produzieren jährlich 5,5 Millionen kWh an elektrischer Energie, die in das Netz eingespeist und anschließend mit beträchtlichem Gewinn auf dem Testmarkt verkauft wird.

Der Petent spricht sich gegen diese Praxis aus, denn seiner Ansicht nach stünde sie im Widerspruch zur sozialen Verwendung von Mitteln der Europäischen Union, und fordert u.a., dass diese elektrische Energie den Opfern des Erdbebens zu sozialverträglichen Preisen zum Verbrauch angeboten werden sollte.

2. Zulässigkeit

Für zulässig erklärt am 24. Oktober 2014. Die Kommission wurde um Auskünfte gebeten (Artikel 216 Absatz 6 der Geschäftsordnung).

3. Antwort der Kommission, eingegangen am 30. Januar 2015

Nach dem Erdbeben in der Region Abruzzen im Jahr 2009 stellte die Kommission aus dem Europäischen Solidaritätsfonds (EUSF) für Italien einen Finanzbeitrag in Höhe von 493,8 Millionen EUR bereit, um einen Teil der Kosten für Nothilfe- und Wiederaufbaumaßnahmen, die auf die Katastrophe zurückzuführen waren, zu decken. Die für die Verwendung des Beitrags aus EUSF zuständigen italienischen Behörden (d.h. die nationale Behörde für Zivilschutz) beschlossen, den Großteil des Beitrags für die Unterbringung der durch das Erdbeben obdachlos gewordenen Bürger einzusetzen. Gemäß dem Durchführungsbericht, der der Kommission von den italienischen Behörden vorgelegt wurde, war das „C.A.S.E.“-Projekt das umfangreichste Projekt zur Unterbringung der Opfer des Erdbebens; die Gesamtkosten des Projekts beliefen sich auf 810 Millionen EUR. Der aus EUSF für dieses Projekt geleistete Beitrag belief sich auf 350 Millionen EUR. Die Unterbringung in den im Zuge des „C.A.S.E.“-Projekts errichteten Wohnanlagen war für die Erdbebenopfer mietfrei.

Nachdem die Bauphase beendet war und die nationale Behörde für Zivilschutz ihren Einsatz in der Region beendete, wurden das Eigentumsrecht und die Verantwortung für die „C.A.S.E.“-Wohnanlagen an die kommunalen Behörden in L'Aquila übergeben.

In der Verordnung 2012/2002 des Rates zur Errichtung des Solidaritätsfonds der Europäischen Union wird die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass der Empfängerstaat eine Infrastruktur nutzt, die zum Teil aus dem EUSF finanziert wurde, um dazu beizutragen, die operativen Kosten oder andere Ausgaben, für die der Staat als Folge der Katastrophe aufkommen musste, zu decken.

Im Anschluss an die positive Bewertung des Durchführungsberichts über den Einsatz des EUSF in den Abruzzen und nach Abschluss einer von der Kommission vorgenommenen Rechnungsprüfung, die den Einsatz zum Gegenstand hatte, wurde der Einsatz des EUSF am 25. September 2013 förmlich abgeschlossen.

Fazit

Nach Auffassung der Kommission haben die italienischen Behörden nicht gegen die Vorschriften über den Einsatz des Solidaritätsfonds verstoßen. Aus diesem Grund ist die Kommission nicht in der Lage, im Namen des Petenten tätig zu werden.